



**HAGEN**

Stadt der FernUniversität  
Der Oberbürgermeister

Seite 1

**Drucksachennummer:**

0523/2023

**Datum:**

24.05.2023

## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

**Betreff:**

Antrag der CDU-Fraktion Hagen

Hier: Folgeneinschätzung im Vorfeld der Cannabis-Freigabe durch den Bund

**Beratungsfolge:**

06.06.2023      Jugendhilfeausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ...

... kurzfristig eine Informationsveranstaltung für den Jugendhilfeausschuss anzubieten, in der den Mitgliedern die Gefahren und Risiken für jugendliche Cannabis-Konsumenten aufgezeigt und entsprechend wirksame Präventionsmaßnahmen aus anderen Kommunen oder Ländern vorgestellt werden. Darüber hinaus ist darzustellen, welche Bundesmittel zur gezielten Suchtprävention den Kommunen zeitgleich zur Verfügung gestellt werden, um suchthaftem Verhalten nicht weiter Vorschub zu leisten.

**Kurzfassung**

entfällt

**Begründung**

siehe Anlage



**HAGEN**

Stadt der FernUniversität  
Der Oberbürgermeister

**Seite 2**

**Drucksachennummer:**

0523/2023

**Datum:**

24.05.2023

## **Inklusion von Menschen mit Behinderung**

Belange von Menschen mit Behinderung



sind ggf. betroffen

## **Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung**



keine Auswirkungen (o)

**CDU**

Ratsfraktion Hagen

TO-Antrag für die Sitzung des JHA am 06.06.2023

# Folgenabschätzung im Vorfeld der Cannabis-Freigabe durch den Bund

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Reinke,

gemäß § 6 Absatz 1 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 20.05.2021 beantragen wir für die Sitzung des JHA die Aufnahme des o.g. Tagesordnungspunktes:

## **Beschlussvorschlag:**

***Die Verwaltung wird beauftragt, ...***

***... kurzfristig eine Informationsveranstaltung für den Jugendhilfeausschuss anzubieten, in der den Mitgliedern die Gefahren und Risiken für jugendliche Cannabis-Konsumenten aufgezeigt und entsprechend wirksame Präventionsmaßnahmen aus anderen Kommunen oder Ländern vorgestellt werden. Darüber hinaus ist darzustellen, welche Bundesmittel zur gezielten Suchtprävention den Kommunen zeitgleich zur Verfügung gestellt werden, um suchthaftem Verhalten nicht weiter Vorschub zu leisten.***

## **Begründung:**

Im Koalitionsvertrag der rot-grün-gelben Bundesregierung 2021-2025 findet sich unter der Überschrift „Drogenpolitik“ folgendes Ziel verankert:

***Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein. Dadurch wird die Qualität kontrolliert, die Weitergabe verunreinigter Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet. Das Gesetz evaluieren wir nach vier Jahren auf gesellschaftliche Auswirkungen. Modelle zum Drugchecking und Maßnahmen der Schadensminderung ermöglichen und bauen wir aus.***

Derzeit arbeitet die Bundesregierung unter der Federführung von Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach mit Hochdruck daran, das Ziel der Legalisierung von Cannabis auch zeitnah umzusetzen. Das unternimmt die Bundesregierung, obwohl Daten und Fakten darauf hindeuten, dass die Zahl der Menschen in Deutschland, die psychische Störungen nach dem Konsum von Cannabis entwickeln, deutlich zunimmt. Sie hat sich zwischen dem Jahr 2000 und 2018 knapp versechsfacht.

***„Waren es im Jahr 2000 noch rund 3400 Personen, erreichte die Zahl der Fälle 2018 bereits knapp 19.100. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Incidence of inpatient cases with mental disorders due to use of cannabinoids in Germany: a nationwide evaluation“, an der unter anderem Forschende der Universitätsklinik Ulm beteiligt waren.“<sup>1</sup>***

<sup>1</sup> siehe Sonja Meschkat: „Neue Daten zu THC: Nach Cannabis-Konsum: Mehr psychische Störungen und Krankenhausbehandlungen“, aufgerufen unter <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/neue-daten-zu-thc-mehr-psychische-stoerungen-und-krankenhausbehandlungen-mit-cannabis>, Köln, Stand: 01.02.2022.

Aufgrund dieser bislang wenig kommunizierten Risiken wünschen die Antragsteller eine Beschäftigung des Jugendhilfeausschusses mit dem Sachverhalt, um frühzeitig mit der Hilfe von staatlichen Fördermitteln vorbeugende Maßnahmen (z.B. Aufklärungskampagnen) zum Schutz der Jugendlichen ergreifen zu können.

Mit der Bitte um weitere Veranlassung und freundlichen Grüßen verbleibt

Corinna Niemann  
Ausschusssprecherin

f.d.R. Alexander M. Böhm.  
Fraktionsgeschäftsführer

CDU Ratsfraktion Hagen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen  
Telefon: 02331 2073507 . E-Mail: boehm@cdu-fraktion-hagen.de

Dokument: 2023\_06\_06\_Antrag\_JHA\_Canabisfolgenabschätzung, 23.05.2023